

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**NEWSLETTER
ITALIEN**

Februar 2018

INTERNATIONAL

- **Historischer Tag: erster humanitärer Korridor aus Libyen nach Italien**
- **Aktuelle Situation auf See**
 - „Interceptions“ und Todesfälle nehmen zu
 - Frontex' neue Operation „Themis“
- **Verstärkte Präsenz italienischen Militärs in Niger**

ITALIEN

- **Neuer Bericht zur Situation von Geflüchteten in Sizilien**
- **Die Ankunft in Italien und was danach geschieht**
 - Ohne Unterkunft – fuori campo
 - „Foglio di via“: Proteste in den Hotspots
- **Rechtsruck im Namen der Sicherheit**
- **„Schiffbruch der Kinder“: zwei Marineoffiziere vor Gericht**

INTERNATIONAL

Historischer Tag: erster humanitärer Korridor aus Libyen nach Italien

Am 22. Dezember 2017 werden zum ersten Mal Geflüchtete aus Libyen mittels eines [humanitären Korridors](#) nach Italien geflogen. 162 besonders verletzte Personen, darunter 40 Kinder, aus Äthiopien, Eritrea, Somalia und dem Jemen, kommen kurz vor Weihnachten auf dem Militärflugzeugplatz von *Pratica di Mare* in der Nähe von Rom an. Auf Initiative der italienischen Bischofskonferenz hin (*Cei*) und in [Zusammenarbeit](#) mit dem UNHCR, der italienischen Regierung und der Regierung al-Sarraj wurden [während der letzten Monate](#) besonders verletzte Geflüchtete ermittelt und schließlich aus den Haftzentren in Libyen, wo sie unter [entsetzlichen und menschenunwürdigen Bedingungen](#) lebten, befreit. In Empfang genommen werden sie am späten Nachmittag des 22. Dezembers von Marco Minniti, dem Innenminister Italiens. Dieser betont die [historische Relevanz](#) dieses Tages und verspricht, dies sei [erst der Anfang](#).

Aktuelle Situation auf See

„Interceptions“ und Todesfälle nehmen zu

Die vielversprechenden Worte des italienischen Innenministers anlässlich des ersten humanitären Korridors Ende des Jahres 2017 verflüchtigen sich schnell und treffen auf die Realität: mit dem Beginn des Jahres 2018 gehen auch die Pull Backs, die Zurückführungen, seitens der „libyschen Küstenwache“ weiter. Vor einem Jahr, am 2. Februar 2017, wurde das „[Memorandum Rom-Tripolis](#)“ unterzeichnet und damit die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen manifestiert, welche bis [heute stetig ausgebaut wird](#). Immer häufiger scheint nun die Seenotrettungsleitzentrale in Rom das Kommando eines Rettungseinsatzes den Libyern zu erteilen. Im Monat Dezember 2017 belief sich die [Anzahl](#)

[der abgefangenen und zurückgebrachten Geflüchteten](#) auf 883, seit Beginn des Jahres auf bereits weit über 1'000. Trotz oder gerade wegen dieser Auffangaktionen ereignen sich im [Januar](#) und im [Februar](#) Bootsunglücke, bei denen mehrere 100 Personen ums Leben kommen. Nach wie vor werden zivile Rettungsschiffe von der „libyschen Küstenwache“ bei Rettungseinsätzen bedroht. Sie werden Zeugen der „Interceptions“ und müssen zusehen, wie die Geflüchteten zurück in die [Hölle Libyens](#) gebracht werden. Erst am [31. Januar](#) erlebt das NGO-Schiff Open Arms von Pro Activa Open Arms eine solche mit, Tage zuvor widerfährt dasselbe dem NGO-Schiff [Aquarius](#) von SOS Méditerranée. Die Ankunfts zahlen sind zwar, verglichen mit den Zahlen derselben Periode im Jahr 2017, zurückgegangen, hingegen ist die Anzahl Todesfälle um [37,5% höher](#) als im vergangenen Jahr. Zurzeit befindet sich einzig die Aquarius von SOS Méditerranée auf Seenotrettungsmission im Mittelmeer.

Frontex' neue Operation „Themis“

Am 1. Februar 2018 endet die Frontex-Mission "Triton" vom Jahr 2014. Die [Folgemission „Themis“](#) startet sodann mit dem Ziel, "[Italien bei der Kontrolle seiner Grenzen zu unterstützen](#)". Der [erweiterte Fokus](#) gilt der Verfolgung "krimineller Aktivitäten (Schlepperwesen) und Versuche von Terroristen nach Europa zu gelangen". Im zentralen Mittelmeer gerettete Migrant*innen sollen zudem fortan zum [nächst sicheren Hafen](#) und nicht mehr unbedingt nach Italien gebracht werden. Ein Mechanismus der "[Neubeurteilung](#)" der [Situation alle drei Monate](#) soll der Mission ermöglichen, je nach „Entwicklung der Migrationssituation angemessen zu reagieren.“ Außerdem wird die [operative Zone](#), in denen Frontex-Schiffe unterwegs sind, auf algerische, tunesische, ägyptische und albanische Gewässer ausgeweitet. Die Such- und Rettungszone (SAR) der

italienischen Küstenwache hingegen soll sich dabei von [30 auf 24 Meilen](#) von der italienischen Küste verringern.

Verstärkte Präsenz des italienischen Militärs in Niger

Nebst den [USA und Frankreich](#) will nun auch Italien mit mehr Präsenz in Niger auftrumpfen. Mehr als [30 Millionen Euro](#) soll die italienische Militärmission in der Sahelzone kosten. Bis zum 30. September sollen davon 470 Soldaten, 130 Landfahrzeuge und zwei Flugzeuge finanziert werden. Das strategische Ziel ist es, die „[Migrationsströme zu kontrollieren und die komplexe Situation in Libyen zu stabilisieren](#)“ oder mit anderen Worten „es den Migrant*innen, die versuchen, nach Europa zu gelangen, [immer schwerer zu machen](#) und den nigrischen Streitkräften dabei zu helfen, die Überwachung der Grenze zu Libyen weiter zu verstärken.“ Das bilaterale Abkommen zwischen Italien und Niger habe sich bereits bewährt, indem sich dank diesem die Zahl der [Einreisen nach Libyen](#) deutlich reduziert habe.

ITALIEN

Neuer Bericht zur Situation von Geflüchteten in Sizilien

Ende Januar wird der [neue Sizilienbericht](#) veröffentlicht. Dieser gibt einen umfassenden Überblick über die Situation von Migrant*innen auf der Mittelmeerinsel. Der Bericht fokussiert neben der Situation der Migrant*innen nach ihrer Ankunft in Sizilien auch die Situation im Mittelmeer und verdeutlicht anhand von Beispielen aktueller Ereignisse und Hinweisen auf weiterführende Materialien, wie einerseits private Seenotrettungsorganisationen zurückgedrängt und kriminalisiert und andererseits die politischen Beziehungen zu Libyen gestärkt, illegale Push-Backs geduldet und die Externalisierung der Grenzen vorangetrieben werden.

Die Ankunft in Italien und was danach geschieht

Zwischen dem 16. und dem 18. Januar 2018 werden [über 1.500 Menschen](#) im zentralen Mittelmeer gerettet. Nach ihrer Ankunft in Sizilien werden sie nach der ersten Identifizierung und Registrierung in verschiedene Aufnahmezentren gebracht (*detaillierte Infos zu den verschiedenen Unterbringungszentren finden sich im neu erschienenen [Sizilienbericht](#) von **borderline-europe***).



„Ankunft der Santa Maria im Hafen von Palermo“, Bildquelle: **borderline-europe**.

Oftmals fehlt es in diesen Zentren an jeglicher Form der legalen, medizinischen sowie sozio – kulturellen Unterstützung und die Wartezeiten für die Bearbeitung eines Asylantrags ziehen sich über Monate hin. In einigen Zentren müssen Geflüchtete unter [schlimmen Bedingungen](#) leben. Ein Fakt, der von Menschenrechtsorganisationen wie [Human Rights Watch](#) seit Jahren [immer wieder](#) öffentlich angeprangert wird. Die langen Wartezeiten und das erlebte Leid auf der Flucht führen zu einer [immensen psychischen Belastung](#). Mehreren Zentren sind erneut angeklagt, in enger Verbindung zur Mafia zu stehen. Mit der Operation „Montagna“ wurden im Januar in der Provinz Agrigento (Sizilien) [56 Personen festgenommen](#), die unter anderem Schutzgeld von verschiedenen Aufnahmezentren für Geflüchtete gefordert hatten. Dies hat in der Folge auch „[die Interessen des organisierten Verbrechens](#)“ im Bereich der Einwanderung

offenbart“, das [Business](#) mit den Migrant*innen ist nunmehr Fakt.

Ohne Unterkunft – fuori campo

Daneben gelten mindestens 10'000 Personen als von diesem „Aufnahmesystem Italiens“ ausgeschlossen. Dies ist im neuen Bericht „[Fuori Campo](#)“ von „Ärzte ohne Grenzen“ zu lesen. 10'000 Personen, Asylantragssteller*innen aber auch solche, die einen Aufenthaltstitel besitzen, denen nur begrenzter oder gar kein Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und medizinischer Versorgung zusteht. Über 50 informelle Siedlungen sind über ganz Italien verteilt zu finden. Mehr denn je spitzt sich auch die Lage an den nördlichen Grenzen zu: in Como, in [Ventimiglia](#) und am [Brenner](#) stranden Tausende von Geflüchteten. Unter ihnen viele unbegleitete Minderjährige, denen das Recht auf Asyl ebenso verwehrt bleibt wie allen anderen. Ein [klarer Verstoß](#) gegen die „Verpflichtung zur Übernahme und zum Schutz von Minderjährigen, verankert in der Dublin-III-Verordnung, die jedem das Recht gibt, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen“. Zu den informellen Siedlungen gehören auch die Zeltstädte der Saisonarbeiter*innen, die zur Olivenernte nach Campobello di Mazara und in andere Städte kommen (mehr Infos hierzu sind im [Sizilienbericht](#) unter dem Kapitel „[Die saisonale Arbeit: unsichtbar und ausgenutzt](#)“ zu finden). Als wären die unmenschlichen Lebensbedingungen, unter denen hier Geflüchtete leben, nicht schon schlimm genug, bricht Ende Dezember ein [Feuer in der Zeltstadt](#) aus. Alle Bewohner*innen, mehr als 100 Personen, werden evakuiert. Eine weitere berüchtigte Zeltstadt befindet sich in Rosarno, Kalabrien. Während der Erntesaison wohnen hier über 1'000 Migrant*innen. In Rosarno kommt es [regelmäßig zu Bränden](#). Der [letzte](#) liegt erst drei Wochen zurück. Dieser kostete [Becky Moses](#) aus Nigeria das Leben.

„Foglio di via“: Proteste in den Hotspots

Durchschnittlich erhalten [nur vier von zehn Migrant*innen](#) das Aufenthaltsrecht in Italien. Viele Migrant*innen bekommen aber erst gar nicht den Zugang zum italienischen Aufnahmesystem. Bei der [Ankunft des Eunavfor Med-Schiffes Santa Maria am 18. Januar in Palermo](#) beispielsweise erhalten von den 210 Geretteten 60 direkt die Abschiebebefehle mit der Aufforderung Italien innerhalb von sieben Tagen zu verlassen (sog. „foglio di via“). Grund: sie stammen aus Ländern wie Tunesien, Ägypten, Algerien oder Marokko und gelten als sog. Wirtschaftsmigrant*innen.



„Demonstranten vor der Kirche in Lampedusa“, Bildquelle: Forum Lampedusa.

Zudem hat Italien mit einigen dieser Länder ein Rückübernahmeabkommen geschlossen. Im Unterschied zu ihren Landsleuten, die in Pozzallo, Lampedusa oder Trapani ankommen bzw. nach dort verlegt werden, gibt es an jenen Orten ohne Hotspot der sogenannte Hotspot-approach angewendet. Die betreffenden Personen erhalten das „foglio di via“ sofort von der Ausländerbehörde und landen direkt nach der Ankunft auf der Straße. Nach Ablauf der berüchtigten sieben Tage halten sie sich nicht mehr legal in Italien auf. Proteste in den Hotspots sind keine Seltenheit. Zum wiederholten Mal [demonstrieren Tunesier](#) Ende Ja-

nuar im Hotspot von Lampedusa. Und erst kürzlich gab es im Hotspot von [Milo in Trapani](#) einen Zwischenfall, bei dem ein Feuer ausbrach und 60 Tunesier die Flucht aus dem Zentrum wagten.

Rechtsruck im Namen der Sicherheit

Nicht mal mehr ein Monat, dann wird in Italien gewählt. Aufgeheizt wird diese Vorwahlzeit durch den Fall des Rechtsradikalen Luca Traini in Macerata, eine Stadt in der Region Marche. Traini hatte am 3. Februar 2018 aus dem Auto heraus [wahllos auf Menschen dunkler Hautfarbe](#) geschossen und mehrere dabei zum Teil schwer verletzt. Danach stellte er sich [in die italienische Fahne gehüllt](#) an einem Denkmal für gefallenen Soldaten auf und hob die Hand zum [faschistischen Gruß](#). Das wirkliche politische Drama: viele italienische Politiker*innen distanzieren sich zwar von den Schüssen, geben die Schuld des Hasses auf Migrant*innen aber den [angeblich so hohen Ankunftsahlen](#). Der Bürgermeister Maceratas stellt sich anfangs gegen eine antifaschistische und antirassistische Demonstration und große soziale Vereinigungen Italiens sowie einige Gewerkschaften folgen dem "Verbot". Der italienische Innenminister Minniti droht sogar mit Folgen, sollten Demonstrationen durchgeführt werden. Der Riss geht durch die ganze Gesellschaft, Angst- und Panikmache lähmen anscheinend den Verstand. Anstatt lautstark gegen die erstarkenden neofaschistischen Tendenzen anzugehen unterstützt der Innenminister diese noch durch seine Äußerungen. Der Rechtsruck im Namen der Sicherheit scheint seinen Lauf zu nehmen.

“Schiffbruch der Kinder“: zwei Marineoffiziere vor Gericht

Zwei Offiziere der italienischen Marine stehen unter Anklage, für den Schiffsbruch vom [11. Oktober 2013](#), bei dem 268 Menschen ums Leben kamen, darunter 60 Kinder, verantwortlich zu sein. Ein Kompetenzgerangel zwischen

den italienischen und den maltesischen Behörden führte dazu, dass sich die Rettung um viele Stunden verzögerte und schließlich erst eintraf, als das Schiff gekentert war (*eine detaillierte Beschreibung des Vorfalls findet sich im [Sizilienbericht](#) auf Seite 52*).

Kontakt

borderline-europe
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de